

cismi kurz zurückgewiesen wurde. Unbegreiflich bleibt, wie der Gesandtschaftskaplan sich befugt erachten konnte, eine Trauung vorzunehmen, da es in Oesterreich eine anerkannte anglikanische Kirche nicht gibt. Leider erfahren wir nicht, ob derselbe eine Matrikulirung überhaupt für unnöthig gehalten oder wie er den Eheverbern die bürgerliche Anerkennung ihrer Ehe sichern wollte.

Auffallend ist auch die nachfolgende Dispensertheilung gegen den Willen des B und die Entscheidung der Untergerichte puncto persönlicher Befähigung. Die Entscheidung des obersten Gerichtshofes — in den juridisch-theologischen Vorlesungen dürfte man wohl überall auf dieses letzteren Standpunkte immer gestanden sein — scheint uns so selbstverständlich, daß wir die Anschauung der Untergerichte gar nicht discutirbar gefunden hätten. Diese Behörden haben sich viele Mühe gegeben, authentisch zu erfahren, ob in Italien das *impedimentum catholicismi* besteht oder nicht. Und da sie schließlich *contra* sich entscheiden zu können glaubten, erachteten sie es als juridisch erlaubt, das österr. Cherecht beiseits zu lassen und nach dem ital. amtzuhandeln. Schreiber dieses sagt seinen Schülern immer puncto persönlicher Fähigkeit: Es ist nur der Nachweis beizubringen, daß ein Eheverber aus dem Auslande in seiner Heimat eine gültige Ehe eingehen könne, also Vorsorge zu treffen, daß, wenn er später heimkehren wollte, nicht die bei uns gültige Ehe ungültig betrachtet werde. Positiv aber beobachten wir unsere Gesetze; was bei uns verboten ist, das zuzulassen auf Grund eines ausländischen Gesetzes, gibt es für uns kein Recht. Damit stimmt die Entscheidung des obersten Gerichtshofes.

Die Entscheidung für die Revalidation der Ehe durch die bloße Dispensgewährung ohne oder vielmehr sogar gegen den Willen des B erscheint fast als eine Vermengung von Revalidirung und Sanirung (*sanatio in radice*). Letztere ist jedoch im bgl. Gesetze gar nicht begründet. Das kirchliche Gesetz kennt eine solche, auch ohne Wissen der Eheleute. Aber dabei ist das Fortbestehen des Consensus vorausgesetzt. Wenn die Spondenten einmal von der Ungültigkeit des abgegebenen Consensus wissen und die Erneuerung verweigern, gibt es auch kirchlich keine *Sanatio*. Wenn aber eine solche vorgenommen wird, ist die Ehe vom Anfange an sanirt. Die Grazer Entscheidung einer Sanirung vom Punkte der Dispens bei den angedeuteten Verhältnissen der Verweigerung der Consenserneuerung würde canonisch als eine Monstrosität erscheinen.

St. Pölten.

Monsignore Professor Dr. Scheicher.

IV. (**Dauer der *Facultas absolvendi a reservatis*.**) Ein Weltpriester hat von seinem Diöcesan-Bischofe bei einer Audienz die besondere Facultät erhalten, von allen bischöflichen Reservat-Fällen loszusprechen. Der Bischof stirbt. X macht von der ertheilten Fa-



cultät auch während der Sedisvacanz und sogar nach der Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles Gebrauch. Nun zweifelt er über die Fortdauer der Vollmacht und wünscht sichere Aufklärung.

Aus einigen nothwendig gestellten Fragen ergibt sich, daß der Bischof diese besondere Begünstigung seinem Diöcesanpriester als eine Art Belohnung für eifrige Seelsorgsdienste, als Zeichen ungewöhnlicher Huld ertheilte, daß gar keine beschränkende Clausel beigelegt wurde wie z. B. *donec Nobis placuerit* oder *ad arbitrium nostrum*. Facultäten, die *per modum gratiae* absolut, ohne Einschränkung ertheilt werden, erlöschen nicht mit dem Tode oder der Amtsenthebung des berechtigten Verleiher's, sondern dauern fort bis zur ausdrücklichen Zurücknahme von Seite des Amtsnachfolgers, oder bis zum Tode des Privilegirten. Es ist auch einerlei ob die Facultät bloß mündlich oder auch schriftlich ertheilt wurde. Herr X kann demnach sich beruhigen. J. Konings 150. n. 6; Mark I. 233.

P. Georg Freund,

Rector des Redemptoristen-Collegiums in Wien.

**V. (Verpflichtung zur Dispensbewerbung behufs Verhehlchung.)** Titus brachte durch ungestümes Zureden die Gaja um ihre Unschuld. Er bereute seine Sünde und gelobte in eine religiöse Genossenschaft einzutreten. Unbeständig, wie er war, bereute er sein Gelübde und deflorirte seine Cousine unter dem Versprechen der Verhehlchung.

Gaja zu heirathen ist Titus nicht verpflichtet. Wenn die Sünde eine Folge hatte, so ist der Verführer nach dem Naturrechte und nach positiven Gesetzen verbunden an der Erziehung des Kindes theilnehmend mitzuwirken. (Cf. § 167 d. a. b. G.) Wenn der Verführer Gewalt gebraucht oder durch List das Mädchen überredet hat, so ist er als *causa efficax damni* verpflichtet den Schaden zu ersetzen, welcher für Tochter und Eltern aus seiner widerrechtlichen Handlung resultirt. Hat er zwar nicht List noch Gewalt gebraucht, aber doch verschiedene ungestüme Ueberredungskünste, so ist er zu theilweisem Schadenersatz verbunden. (Marc. II. 958). Wurde die Ehe nicht versprochen, so ist auch keine Pflicht da, sie abzuschließen, es sei denn, daß nur dadurch eine Schadloshaltung möglich wäre. Titus gelobte in einen religiösen Orden zu treten. Es ist in Rücksicht auf eingekündeten Casus nicht nöthig des Langen und Breiten zu untersuchen, ob das Gelübde gültig war. Wir nehmen es an. Durch die darauf folgende böse That tritt eine Rechtscollision ein. Das Recht Gottes auf Erfüllung des ihm gemachten Versprechens kommt in scheinbaren Conflict mit dem Rechte, das die Cousine auf Abschluß der Ehe erlangt hat. Würde Titus nur die Ehe versprochen haben, ohne die böse That zu begehen, so wäre das Versprechen jedenfalls ungültig. „*Si votum antecedit sponsalia, certum est, ipsa esse irrita, quia*